

Anglikaner: Streit um Frauenordination und Glaubensfragen

In einem Vorbericht der „Church Times“ zur jüngsten Tagung der Generalsynode der Church of England hieß es (Church Times, 20. 6. 86), diese Tagung werde möglicherweise einer der wichtigsten in der bislang sechzehnjährigen Geschichte der Generalsynode sein. Tatsächlich hatten sich die 550 Synodenmitglieder vom 4. bis 8. Juli im nordenglischen Erzbischofssitz York mit einigen brisanten und für den weiteren Weg der anglikanischen Kirche bedeutsamen Tagesordnungspunkten zu befassen: Sie debattierten über die Anfang Juni veröffentlichte Stellungnahme der Bischöfe über das „Wesen des christlichen Glaubens“, die als Folge der Auseinandersetzungen um die umstrittenen Äußerungen des Bischofs von Durham zu Auferstehung und Jungfrauengeburt in Auftrag gegeben worden war. Außerdem ging es auch diesmal wieder um die Frage der *Frauenordination* in der Church of England, an der sich die Geister seit Jahr und Tag heftig scheiden.

Briefwechsel zwischen Canterbury und Rom

Im November 1984 hatte sich die Generalsynode mehrheitlich dafür ausgesprochen, das Verfahren zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Ordination von Frauen zum Priesteramt einzuleiten (vgl. HK, Januar 1985, 12–13). Nach dieser Grundsatzentscheidung sollte es auf der Synodaltagung in York jetzt um die mögliche Form eines *Kirchengesetzes* zur Frauenordination gehen. Dazu hatte eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Juristen *David McClean* einen detaillierten Bericht ausgearbeitet, der verschiedene Vorschläge für die notwendigen rechtlichen Regelungen zusammenstellte. Dabei wurde vor allem die Frage nach dem Gewissensschutz für die Gegner der

Frauenordination untersucht: Es müsse gewährleistet sein, daß Bischöfe sich weigern könnten, Frauen zu weihen; Pfarreien müßten das Recht haben, weibliche Priester abzulehnen. Gegner der Frauenordination könnten, so ein weiterer Vorschlag des McLean-Berichts, sich in nichtterritorialen Bistümern zusammenschließen oder eine eigene, mit der Church of England unierte Kirche bilden.

Zu einer Abstimmung über den Kommissionsbericht kam es jedoch nicht. Die Synodalen folgten einem Appell des Erzbischofs von Canterbury, die Abstimmung zu verschieben. Bis zur Synodaltagung im Februar 1987 sollen die Bischöfe, das wurde in York beschlossen, einen Bericht zum Problem der Ordination von Frauen erarbeiten und ihn der Synode vorlegen. Abgestimmt wurde in York nur über die Frage, ob weibliche Geistliche aus anderen Kirchen der Anglikanischen Gemeinschaft in England in Zukunft ihr Amt ausüben dürfen. Der entsprechende Antrag verfehlte im „House of clergy“ und im „House of laity“ die erforderliche Zweidrittelmehrheit, während sich die Bischöfe mit 28 zu 12 Stimmen für ihn aussprachen. Schon bei der Abstimmung zur Frauenordination im November 1984 hatte sich gezeigt, daß der Episkopat dem Priestertum der Frau aufgeschlossener gegenübersteht als die Priester- und Laienvertreter.

Unmittelbar nach der Entscheidung von 1984 hatte sich Johannes Paul II. in einem Brief an Erzbischof *Robert Runcie* gewandt. Der Brief des Papstes vom 20. Dezember 1984 wurde zusammen mit der Antwort des Erzbischofs von Canterbury und einem Briefwechsel zwischen diesem und Kardinal *Willebrands*, dem Präsidenten des Einheitssekretariats, jetzt kurz vor der Synodaltagung in York veröffentlicht. Johannes Paul II. erin-

nete in seinem Schreiben an den Briefwechsel zwischen Paul VI. und Erzbischof Coggan von 1975/76 und an die Erklärung der Glaubenskongregation zum Priestertum der Frau vom 15. Oktober 1976: Das Grundsatzvotum der Generalsynode für die Frauenordination in der Church of England dränge ihn dazu, „mit aller brüderlichen Offenheit die beständige Treue der katholischen Kirche zu der Praxis und den Grundsätzen“ zu bekräftigen, die Paul VI. so deutlich klargestellt habe. Daß es immer mehr anglikanische Kirchen gebe, die Frauen ordinierten oder sich auf dem Weg dazu befänden, sei in den Augen der katholischen Kirche ein „immer ernsteres Hindernis“ für den Fortschritt der Versöhnung zwischen Katholiken und Anglikanern.

Die Bischöfe und der Glaube der Kirche

Erzbischof Runcie antwortete dem Papst nach einer Konsultation der leitenden Bischöfe aller Kirchen der Anglikanischen Gemeinschaft unter dem Datum vom 11. Dezember 1985. In seinem Schreiben betonte Runcie, daß die anglikanischen Kirchen die Frauen ordinierten, dies aus „ernsthaften lehrmäßigen Gründen“ heraus täten. (Die theologischen Argumente für bzw. gegen das Priestertum der Frau werden in dem Briefwechsel zwischen Runcie und Kardinal Willebrands ausführlicher angesprochen.) Es sei dringend erforderlich, so der Erzbischof von Canterbury in seinem Brief an den Papst, die Frage der Priesterweihe von Frauen gemeinsam zu untersuchen, vor allem bezüglich ihrer Konsequenzen für die gegenseitige Versöhnung der beiden Kirchen und der Ämteranerkennung. Gleichzeitig verwies er auf die *zweite Internationale Anglikanisch-Katholische Kommission*, zu deren Auftrag eine solche Untersuchung implizit gehöre. In seinem Brief an Kardinal Willebrands machte Erzbischof Runcie nochmals seine eigene Position deutlich: Ungeachtet des Gewichts der Argumente für die Ordination von Frauen sollten die Anglikaner *keine einseitigen Schritte* in dieser Richtung

unternehmen, bevor es in beiden Kirchen einen breiteren Konsens gebe. Ob es bis zur Synodaltagung im nächsten Februar gelingen wird, die in bezug auf die Frauenordination heftig verfeindeten Lager in der Church of England einander näherzubringen, ist fraglich. Im Fall einer endgültigen Entscheidung für die Priesterweihe von Frauen dürften sich die ohnehin großen *Spannungen* erheblich verschärfen, es könnte sogar zu einer *Spaltung* kommen.

Um Konsens angesichts erheblicher Unterschiede im Glaubensverständnis ist auch die Stellungnahme „The Nature of Christian Belief“ bemüht, die einem Beschluß der Generalsynode vom Februar 1985 entsprechend vom „House of Bishops“ ausgearbeitet wurde. An den Anfang des 39seitigen Texts stellen die Bischöfe ein sechs Punkte umfassendes gemeinsames Glaubensbekenntnis: Darin erklären sie ihre Zustimmung zum „apostolischen Glauben, den die Kirche von England empfangen hat und in dem sie lebt“. Sie bekennen sich zur Auferstehung Jesu Christi als einer „objektiven, gleichermaßen historisch und göttlichen Wirklichkeit“ und dazu, „daß in Jesus Christus, ganz Gott und ganz Mensch, die zweite Person der Heiligen Dreifaltigkeit inkarniert ist“. Auf die öffentlich geäußerten Zweifel Bischof Jenkins' an der Jungfrauengeburt und am leeren Grab, die im an-

glikanischen Kirchenvolk vielfach Entrüstung ausgelöst hatten, antworteten die Bischöfe mit der Feststellung, der Glaube an das leere Grab und an die Jungfrauengeburt drückten den Glauben der Kirche von England aus.

In den umstrittenen Punkten weniger bestimmt ist allerdings die den sechs Thesen folgende Erläuterung gehalten. Dort heißt es, bezüglich der Frage nach dem leeren Grab gebe es keine eindeutige wissenschaftliche Antwort: „Und die unterschiedlichen Ansichten, die es unter Gelehrten gibt, spiegeln sich im Denken einzelner Bischöfe wieder“. Eine ähnliche Formulierung findet sich im Abschnitt über die Jungfrauengeburt. Zur Lehrverantwortung der Bischöfe wird festgestellt, sie müßten den überlieferten Glauben schützen, ausdeuten und lehren; sie müßten aber auch „apostolische Pioniere“ sein. Bei allen seinen Äußerungen müsse ein Bischof darauf achten, nicht theologische Meinungen mit dem Glauben der Kirche gleichzusetzen.

Fragen nicht nur für Anglikaner

Bischof Jenkins, der an „The Nature of Christian Belief“ mitgearbeitet hat, dürfte sich auch in Zukunft schwer in die mit der Stellungnahme markierte Generallinie einbinden lassen. In ersten Äußerungen zum Text hielt er

seinen Amtsbrüdern vor, sie seien zu vorsichtig und defensiv vorgegangen und auch seine Wortmeldung in der Debatte der Generalsynode über den Bericht ließ erkennen, daß er seine Meinung in den umstrittenen Punkten auch weiterhin öffentlich zu vertreten gewillt ist. In den Reaktionen auf „The Nature of Christian Belief“ in- und außerhalb der Synode spiegelte sich ansonsten die notorische anglikanische Pluralität wider. Allerdings wurde durchgängig begrüßt, daß den Bischöfen eine solche Positionsbestimmung gelungen sei.

Der Bericht enthält Überlegungen, die auch über die Church of England hinaus Beachtung verdienen. Schließlich geht es dabei um Probleme, denen sich alle Kirchen stellen müssen, wollen sie sich nicht auf Fundamentalismen zurückziehen. Der Bericht weist darauf hin, daß in der Vergangenheit entscheidende Einsichten von denen gewonnen worden seien, die den Mut zum Fragen gehabt hätten. Christen sollten sich vor Kontroversen nicht fürchten, sondern anerkennen, daß diese eine positive Rolle spielen könnten. Die Kirche müsse Reife und gegenseitiges Vertrauen entwickeln, um dadurch die Hitze der Kontroversen überstehen zu können, ohne das Band der Liebe zu zerbrechen. Die Church of England dürfe solche Tugenden auch in den nächsten Jahren sehr nötig haben. U. R.

Frankreichs Zukunftsprobleme

Prognosen und Perspektiven des Planungsamts

Das französische Planungsamt ist in den letzten Jahren zu einem Studienzentrum geworden, das sich bevorzugt mit den großen Entwicklungstendenzen von Wirtschaft und Gesellschaft befaßt. Es werden keine fünfjährigen Wirtschaftspläne mit Investitions- und Produktionszielen mehr aufgestellt. Obwohl unmittelbar nach Kriegsende von dem ersten französischen Planungskommissar und späteren Initiator der Europapolitik Jean Monnet gegründet, hatte es lange Zeit die Aufgabe, als autonome staatliche Behörde in Zusammenarbeit mit Vertretern der Privatwirtschaft und der Gewerkschaften die großen Richtlinien für die wünschenswerte Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft und des Außenhandels zu entwickeln.

Obwohl „der Plan“ für die privaten Wirtschaftskräfte nie einen obligatorischen Charakter hatte und er lediglich die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung maßgebend beeinflussen sollte, bezeichnete ihn General de Gaulle noch fast zwanzig Jahre später als dringende nationale Verpflichtung, weil er darin ein Werkzeug zur Stärkung der Wirtschaftskraft seines Landes sah.

Vom „Plan“ zur „Prospektive“

Paradoxerweise blieb es einer sozialistischen Regierung vorbehalten, diesen in seiner bisherigen Form zu liquidieren. Als Mitterrand 1981 an die Macht kam, übertrug